Pressemitteilung

Berlin, 18. Februar 2026

HAUSANSCHRIFT Rosenthaler Str. 31 · 10178 Berlin
POSTANSCHRIFT Postfach 11 02 46 · 10832 Berlin
TELEFON +49 30 34646 – 2393
FAX +49 30 34646 – 2144
INTERNET www.wido.de
E-MAIL wido@wido.bv.aok.de

Analyse zum Pflegebudget im Krankenhaus: Starker Anstieg von Personal und Kosten bei gesunkener Fallzahl

e-Paper des WIdO zeigt entstandene Fehlanreize und Zielkonflikte

Berlin, 18. Februar 2026. Das 2020 eingeführte Pflegebudget zur Finanzierung der Pflegepersonalkosten in den Krankenhäusern hat trotz gesunkener Fallzahlen in der Patientenversorgung zu einem Anwachsen der Pflegekräfte in den Krankenhäusern und zu einem starken Anstieg der Kosten geführt. Gleichzeitig sind etliche Fehlanreize und Zielkonflikte entstanden. Das macht ein aktuelles e-Paper des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) deutlich, in dem die Auswirkungen des Pflegebudgets auf Basis umfassender Daten analysiert werden.

Die Auswertung der Daten hat ergeben, dass das finanzielle Volumen des Pflegebudgets seit seiner Einführung im Jahr 2020 von 19,4 Milliarden Euro auf 26,1 Milliarden Euro im Jahr 2024 gestiegen ist (Abbildung 1). Die Dynamik des Kostenwachstums hat sich in den Jahren 2023 und 2024 im Vergleich zu den Vorjahren noch verstärkt. Während die Zuwächse in den Jahren 2021 und 2022 bei rund 6 Prozent lagen, betrugen sie in den Jahren 2023 und 2024 8,4 beziehungsweise 10,5 Prozent (Abbildung 2). Zudem sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für das Pflegepersonal in den Krankenhäusern stärker gestiegen als alle übrigen Ausgaben im Krankenhausbereich. „Beim Pflegebudget gilt das Prinzip der Selbstkostendeckung. Das bedeutet, dass die Krankenhäuser sämtliche Kosten für den Personalzuwachs direkt an die Krankenkassen weitergeben können“, erläutert David Scheller-Kreinsen, WIdO-Geschäftsführer und Mitautor der Analyse. „Vor diesem Hintergrund ist der starke Kostenanstieg nicht verwunderlich. So sind beispielsweise die Pflegepersonalkosten der gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 2024 um 2,4 Milliarden Euro gestiegen. Dieser zusätzlich ausgegebene Milliardenbetrag ist beitragssatzrelevant und entspricht 0,13 Beitragssatzpunkten für die GKV-Versicherten“, so Scheller-Kreinsen. „Besonders besorgniserregend ist, dass sich das Wachstum des Pflegebudgets weiter fortschreibt, wie aktuell bereits vorliegende Daten zeigen. So steigt das vereinbarte Pflegebudget im Jahr 2025 gegenüber 2024 um 8 Prozent an. Für das Jahr 2026 liegen die aktuell vorliegenden Forderungen der Krankenhäuser 12 Prozent über dem für 2025 vereinbarten Wert.“

Die Autoren des e-Papers haben sich genauer angeschaut, auf welche Krankenhäuser diese Steigerungen zurückzuführen sind. Die Analyse zeigt, dass das Pflegebudget in freigemeinnützigen und privaten Kliniken mit einem Plus von 50 Prozent zwischen 2019 und 2024 deutlich stärker gestiegen ist als in den öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern (plus 42 Prozent). Auch zwischen den einzelnen Krankenhäusern sind starke Unterschiede erkennbar.

Mehr Pflegepersonal für weniger Patientinnen und Patienten

Der Kostenanstieg infolge der Einführung des Pflegebudgets ging laut der Analyse mit einem Personalaufwuchs in den Krankenhäusern einher – und das bei gesunkener Fallzahl. Zwischen 2019 und 2024 stieg die Zahl der festangestellten Vollzeitkräfte im Pflegedienst der Krankenhäuser um mehr als 50.000 auf rund 350.600 (Abbildung 3). Während das durchschnittliche Personalwachstum in den Jahren 2011 bis 2018 bei 0,7 Prozent lag, betrug es nach Einführung des Pflegebudgets zwischen 2019 und 2024 3,4 Prozent. „Das mit dem Gesetz verfolgte Ziel wurde also erreicht. Gleichzeitig sind die Fallzahlen in den Krankenhäusern allerdings seit dem Jahr 2020 gesunken. Es stehen also immer mehr Pflegekräfte zur Versorgung von immer weniger Patientinnen und Patienten in den Kliniken zur Verfügung“, so Scheller-Kreinsen.

Dabei unterscheidet sich der Personalaufbau nach Art der Qualifizierung des Personals: Während die Zahl der Pflegefachkräfte mit einer abgeschlossenen Fachausbildung in den somatischen Krankenhäusern zwischen 2019 und 2024 um 10 Prozent angewachsen ist, stieg die Zahl der Pflegehilfskräfte um 75 Prozent. Zu diesen gehören beispielsweise Kranken- und Altenpflegehelfer, aber auch sonstige Berufe oder Beschäftigte ohne Berufsausbildung.

Pflegepersonal wächst ungleich zwischen den Sektoren

Die WIdO-Analyse zeigt zudem, dass es im Zuge der Einführung des Pflegebudgets einen beachtlichen Anstieg von Altenpflegekräften gab, die in den Krankenhäusern eingestellt worden sind: Die Zahl der ausgebildeten Altenpflegekräfte in den Kliniken hat sich seit 2019 um das 2,5-fache erhöht. Gleichzeitig ist die Zahl der Vollkräfte in den Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten seit der Einführung des Pflegebudgets deutlich langsamer gewachsen als in den Jahren davor: Während sie zwischen 2009 und 2019 im Jahresdurchschnitt um 2,6 Prozent in Pflegeheimen und 5,4 Prozent in der ambulanten Pflege stieg, hat sich das Wachstum der Vollkräfte in den Jahren 2019 bis 2023 auf durchschnittlich 0,8 Prozent beziehungsweise 2,0 Prozent pro Jahr reduziert. Auch bei den Fachkräften zeigt sich diese Divergenz: In Krankenhäusern nahm ihre Zahl zwischen 2019 und 2023 um 6,7 Prozent zu, in Pflegeheimen ging sie zurück, und in der ambulanten Pflege lag der Zuwachs bei lediglich 1,7 Prozent. „Anders als im Krankenhausbereich ging dieser Rückgang des Wachstums im Bereich der Langzeitpflege nicht mit einer sinkenden Zahl der zu versorgenden Menschen einher. Das Wachstum des Pflegepersonals verteilt sich also zunehmend ungleich auf die Sektoren“, so David Scheller-Kreinsen. Der demografische Wandel verschärfe die Situation absehbar zusätzlich. „Der Anstieg von Pflegebedürftigkeit trifft auf ein sinkendes Arbeitskräfteangebot. Damit wird ein effizienter Einsatz des Pflegepersonals gerade mit Blick über die Sektorengrenzen hinweg künftig noch entscheidender“, erläutert Scheller-Kreinsen.

Keine bessere Einhaltung der Pflegepersonaluntergrenzen

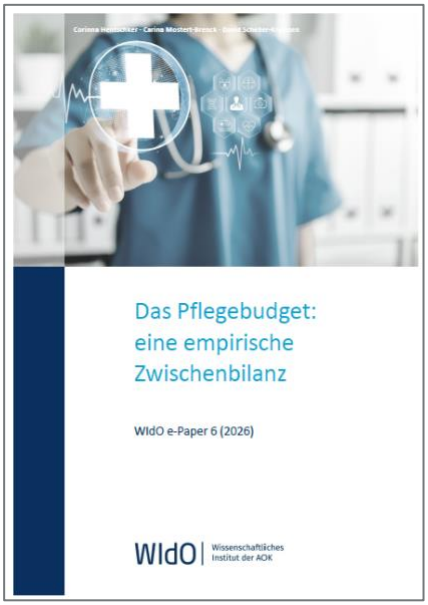
Auffällig ist, dass sich die Einhaltung der Pflegepersonaluntergrenzen (PpUG) trotz des Personalaufwuchses in den Kliniken nicht verbessert hat. PpUG legen die maximale Patientenzahl fest, die pro Schicht von einer Pflegekraft betreut werden sollten und dienen dem Schutz der Patientinnen und Patienten vor Personalmangel. Während die PpUG im Jahr 2021 bei 13,4 Prozent aller Schichten nicht eingehalten wurden, stieg dieser Anteil in den Jahren 2022 und 2023 sogar auf über 15 Prozent. Im Jahr 2024 sank er leicht auf 14,3 Prozent.

Budgetverhandlungen zwischen Kassen und Kliniken deutlich verlangsamt

Ein weiterer Aspekt, der im e-Paper des WIdO beleuchtet wird, sind die Auswirkungen des Pflegebudgets auf die Komplexität des Abrechnungssystems. Die Regelungen des Pflegebudgets haben die Budgetverhandlungen zwischen Kassen und Kliniken deutlich verlangsamt. So lagen Ende Oktober 2025 erst für 41 Prozent der deutschen Kliniken Budgetvereinbarungen für das Jahr 2025 vor. Selbst für das Jahr 2023 war bei 14 Prozent der Kliniken noch keine Einigung gelungen. Zudem waren mehrere Korrekturen zwischen DRG-System und beim Pflegebudget erforderlich, um Doppelfinanzierungen zu verhindern. In den Jahren 2021 bis 2023 beliefen sich die sogenannten Bereinigungen auf ein Volumen von 775 Millionen Euro. „Das vielleicht größte Problem des Pflegebudgets ist aber, dass das Prinzip der Selbstkostendeckung dringend notwendige Veränderungen der Krankenhausstrukturen wie beispielsweise eine stärkere Ambulantisierung von Leistungen hemmt“, so das Fazit von WIdO-Geschäftsführer David Scheller-Kreinsen. „Krankenhäuser, die aufgrund von Strukturveränderungen Pflegepersonal abgeben müssen, haben keinen finanziellen Anreiz, dies zu tun. Dabei bräuchten wir angesichts

des Fachkräftemangels im Bereich der Pflege dringend einen effizienteren und gut austarierten Einsatz des Pflegepersonals.“ Die Analyse zeige, dass eine Weiterentwicklung der Finanzierung der Pflege im Krankenhaus und eine Ablösung der Selbstkostendeckung notwendig seien.

Das e-Paper des WIdO mit dem Titel „Das Pflegebudget: eine empirische Zwischenbilanz“ kann unter https://wido.de/publikationen-produkte/wido-e-paper/ heruntergeladen werden.



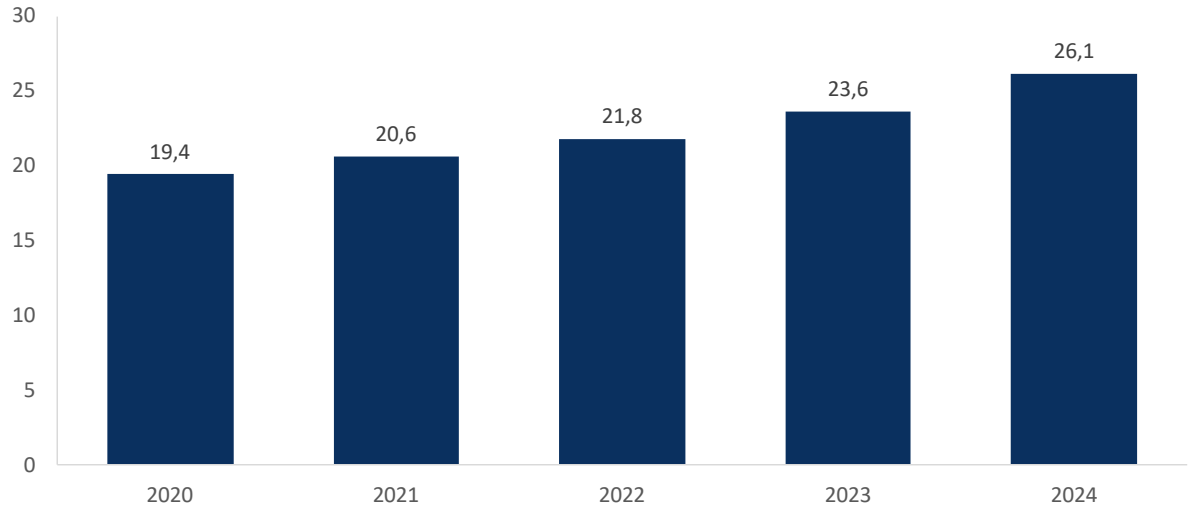
Corinna Hentschker, Carina Mostert-Brenck, David Scheller-Kreinsen

Das Pflegebudget: eine empirische Zwischenbilanz

Pressekontakt:
Wissenschaftliches Institut der AOK

Peter Willenborg
Telefon +49 30 34646 – 2467
Mobil +49 1738 607866
E-Mail wido@wido.bv.aok.de

Abbildung 1: Geschätztes Pflegebudget 2020 bis 2024, in Mrd. Euro

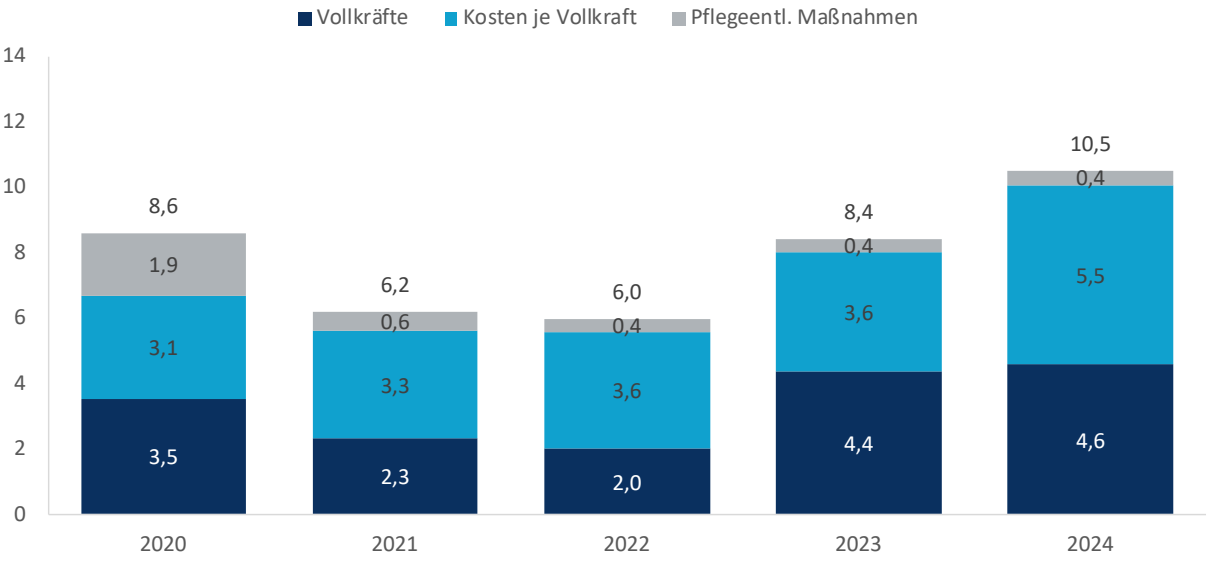


Anmerkung: Geschätzte Gesamthöhe des Pflegebudgets auf Basis der Daten nach § 2 Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung.

Quelle: Wissenschaftliches Institut der AOK (WIdO)

© WIdO 2026

Abbildung 2: Zusammensetzung der Steigerung des Pflegebudgets 2020 bis 2024, Veränderung zum Vorjahr in %

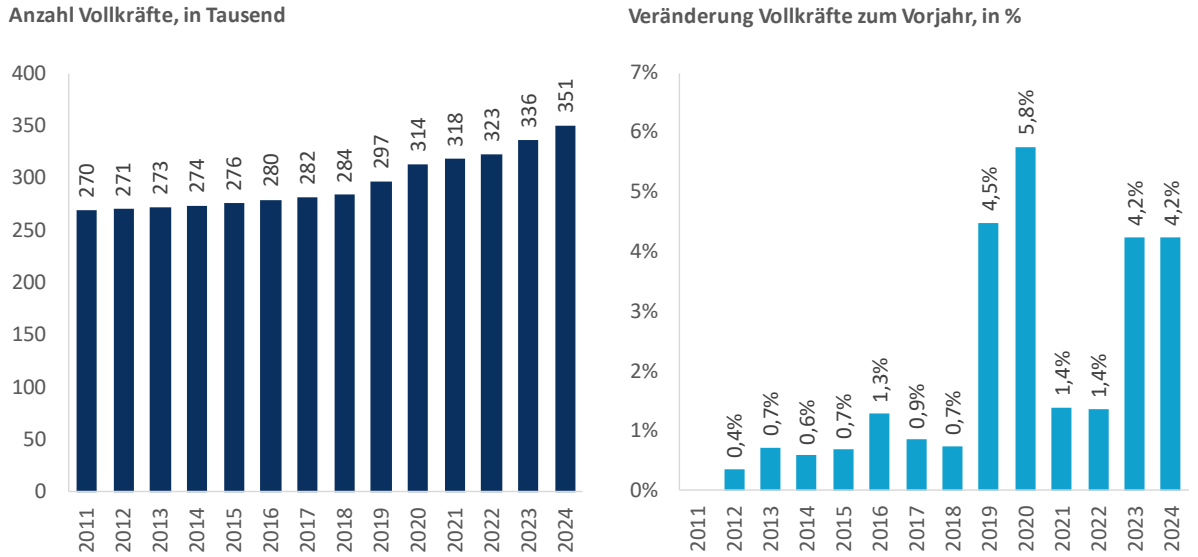


Anmerkung: N = 969. Für das Budgetjahr 2020 mussten bereits Daten zu den Pflegepersonalkosten des Jahres 2019 bereitgestellt werden. Daher zeigt die Abbildung auch schon die Entwicklung im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr. Die Steigerung der pflegeentlastenden Maßnahmen (PEM) im Jahr 2020 um 1,9 % stellt einen Basiseffekt dar, da die PEM im Jahr 2019 noch nicht in der Basis enthalten waren.

Quelle: Wissenschaftliches Institut der AOK (WIdO)

© WIdO 2026

Abbildung 3: Vollkräfte im Pflegedienst in der Somatik



Anmerkung: Dargestellt wird die Anzahl Vollkräfte mit direktem Beschäftigungsverhältnis in der Somatik.

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

© WIdO 2026